

Tanz Dich Frei – auch nach dem 2. Juni

Die Alternative Linke Bern fordert alle Teilnehmenden des TanzDichFrei auf, auch nach dem 2. Juni kreativ und aktiv zu bleiben. Der Kampf für eine Stadt für alle und für das „andere Bern“ muss auch in den nächsten Monaten und Jahren weitergehen.

TanzDichFrei wird voraussichtlich eine der grössten Protestumzüge der letzten Jahrzehnte werden. Es ist eine Bewegung entstanden, die die Plattform des TDF nutzt, die sich nicht kontrollieren lässt und vom konstruktiven Zusammenspiel der beteiligten Einzelpersonen und Gruppen getragen wird. Die legalistischen Forderungen nach einem Demobewilligungsgesuch seitens der Behörden und einiger Parteien sind illusorisch - "Legal, illegal - Scheissegal" war schon in den 1980ern eine beliebte Parole und bewährte Praxis der damaligen Bewegungen und das hat sich bis heute nicht geändert.

Die inhaltlichen Forderungen des TanzDichFrei gehen über Clubsterben, Nachtleben-Diskussion und Reitschule-Vorplatz hinaus bzw. ergänzen diese - es geht darum, eine Stadt für alle und nicht nur für wenige zu erreichen, Freiräume zu erkämpfen und zu verteidigen. Die Folgen der neoliberalen "Aufwertung" der Städte und der immer wiederkehrenden repressiven Ruhe-Ordnung-Sauberkeits-Wellen (be)treffen Menschen jeden Alters, Herkunft und Geschlechts. Missliebige und "nicht Verwertbare" werden ausgegrenzt, verdrängt und vertrieben. Die Stadtpolitik reduzierte sich in den letzten Jahren auf die Durchsetzung der angeblichen Bedürfnisse von kaufkräftigen „flanierenden Passant_innen“ und geranienzüchtenden Frühschläfer_innen und drängte je länger je mehr die restlichen Stadtbewohner_innen und -nutzer_innen an den Rand (siehe Anhang).

Die Folgen dieser repressiven Verdrängungs- und "Aus-den-Augen-aus-dem-Sinn"-Politik in vielen Bereichen (Nachtleben, Gastgewerbe, Jugendpolitik, Kultur, Alternative Wohnformen, Gassenvolk, etc) der letzten Jahren haben sich aufgestaut und manifestieren sich nun in den massiv grossen Teilnehmer_innen-Zahlen an der Nachtdemo vom 12. Mai und aktuell am TanzDichFrei vom 2. Juni.

Wir werden zweifellos viel Spass haben am 2. Juni. Doch was ist danach? Die Bewegung darf nicht einfach im Sommerloch verschwinden – denn ansonsten wird sich im aktuellen Wahlkampfjahr ausser der höheren Anzahl an leeren Versprechungen nichts ändern. Es braucht weiterhin das Engagement und kreative Aktionen aller. In der Innenstadt, in den Quartieren, in den Aussengemeinden, auf der Strasse, auf öffentlichen Plätzen, in Parks, am Aareufer und in unseren Herzen und Köpfen.

Alternative Linke Bern

1. Juni 2012

Medienkontakt: Tom Locher 079 648 70 81

Anhang: Einige Beispiele für die aktuelle Problematik

- Die veraltete (Gastgewerbe-)Gesetzgebung und Behörden, die lebensfremd und nachlebenfeindlich entscheiden. Darunter leidet nicht nur die Reitschule, sondern auch viele Clubs + Kulturlokale (Rauchverbot, Polizeistunde, Lärmklagen, Schliessung Formbar, Sous-Soul sowie reduzierter Betrieb Wasserwerk). Das ist mit ein Grund, wieso Reitschule, "Kapitel Bollwerk" + "Obolles" und einige weitere Clubs das TanzDichFrei auch unterstützen.
- Gentrifizierung: Innenstädte und einige Quartiere werden "aufgewertet", was meist zur Folge hat, dass nicht zahlungskräftige oder nicht ins Schema passende Menschen ausgegrenzt und an den Rand gedrängt werden. Niederschwellige Quartier- und Gassenbeizen verschwinden, teure Lokale Clubs übernehmen deren Lokalitäten.
- Clubs sind oft teuer, altersbeschränkt und ausgrenzend (neben Alter auch Kleidung oder Herkunft)
- Der Mangel an Freiräumen I: Öffentliche Plätze und Pärke sind kaum noch zugänglich. Verreglementierung, Uniformpräsenz oder Privatisierung (z.B. City Beaches Orange Cinema auf der Grossen Schanze) verunmöglichen die Nutzung des Öffentlichen Raumes - z.B. als konsumzwangfreier Treffpunkt am Wochenende. Gleichzeitig werden seit 1998 (den Behörden + Politiker_innen) missliebige Personen aus dem Öffentlichen Raum weggewiesen und zum Teil in Spezialeinrichtungen gezwungen (Alkstübli etc.).
- Der Mangel an konsumzwangfreien Treffpunkten für Jugendliche: in den Quartieren und Agglomerationsgemeinden hat es kaum oder keine Angebote für Jugendliche. Treffen sich Jugendliche vor Kirchen, Schulhäusern oder Bahnhöfen, werden sie oft als "Sicherheitsrisiko" oder Littering- und Lärmquelle angesehen und vertrieben.
- Der Mangel an Freiräumen II: Für politische, kulturelle und soziale Gruppen ist es schwierig, Zugang zu Räumen zu bekommen (Sitzungen, Treffpunkt, Konzerte, Geldbeschaffung für Projekte etc.).
- Der Mangel an Freiräumen III: Soziale kulturelle Nischen wie besetzte Häuser werden schnell geräumt, legale Zwischennutzungen für alternative Wohn- und Kulturprojekte sind kaum noch möglich, billiger Wohn- und Kulturraum knapp.
- Der Mangel an Freiräumen IV: Wagenplatz-Projekte stossen immer wieder auf den Widerstand der wohnungswohnenden bürgerlichen Mehrheit. Anstatt endlich die Wagenplätze dauerhaft zu legalisieren, schieben die Behörden sich die Verantwortung hin und her, während Politiker_innen damit populistischen Wahlkampf betreiben.
- Der Mangel an Notschlafstellen, speziell auch im Winter. Neben „normalen“ niederschwelligen Angeboten, fehlen eine Drogennotschlafstelle und eine Notschlafstelle für Frauen, die sich auf Drogenstrich prostituieren.
- Eine zweite Drogenanlaufstelle ist schon lange nötig. Drogenabhängige sind auch ausserhalb der Öffnungszeiten der Dast Hodlerstrasse süchtig und haben das Anrecht auf hygienische Konsumbedingungen.